

Mit uns zieht die neue Zeit!

von Dierk Hirschel¹



➔ Dr. Dierk Hirschel ist ver.di-Chefökonom.

Foto: © Kay Herschelmann

In der Pandemie lebt der Staat auf Pump. Rettungsschirme, Überbrückungshilfen, Konjunkturpakete, steigende Sozialausgaben und hohe Steuerausfälle belasten die Kreditkarte der Kassenwarte mit mindestens 340 Milliarden Euro. Der heimische Schuldenberg wächst auf über 2,2 Billionen Euro.

Ein Grund zur Panik ist das nicht. Berlin kann problemlos mit höheren Schulden leben. Die Schuldenquote – der Anteil der Staatsschulden am Sozialprodukt – liegt bei international niedrigen 71 Prozent. Davon können Washington (130 Prozent) oder Tokio (266 Prozent) nur träumen.

Die Zinsen sind auf Rekordtief. Fast alle deutschen Staatsschulden sind negativ verzinst. In unsicheren Zeiten stehen die Investoren für sichere Wertpapiere Schlange. Wenn der deutsche Finanzminister sich von Anlegern 1000 Euro leiht, muss er nach zehn Jahren – abzüglich Inflation – nur 900 Euro zurückzahlen. Letztes Jahr verdiente Olaf Scholz mit neuen Staatspapieren sieben Milliarden Euro. Zudem können Staaten ihre Kredite nach Ablauf der Leihfrist umschulden. In den nächsten Jahren könnten wir also bequem aus den Corona-Schulden herauswachsen.

Schulden sind kein Teufelszeug. Kreditfinanzierte öffentliche Investitionen stärken die wirtschaftliche Entwicklung. Für jeden investierten Euro steigt das Sozialprodukt um bis zu 1,80

Euro. Solange die Wachstumsraten höher sind als der Zins, sinkt sogar die Schuldenquote. Folglich spricht nichts dagegen, auch zukünftige Investitionen mit der Kreditkarte zu bezahlen. Schließlich haben wir einen gigantischen Investitionsbedarf.

Große Investitionsbedarfe

Über zwei Jahrzehnte floss zu wenig Geld in die physische und soziale Infrastruktur. Die deutsche Volkswirtschaft fährt auf Verschleiß. In den Städten und Gemeinden sind die Abschreibungen höher als die Investitionen und der öffentliche Kapitalstock verfällt. Allein der Investitionsstau der Städte und Gemeinden beläuft sich auf 147 Milliarden Euro. In Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. In den Krankenhäusern wurden in den letzten zehn Jahren 30 Milliarden zu wenig investiert. Vor vergleichbaren Herausforderungen steht der Wohnungsbau. Jedes Jahr müssten 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – gebaut werden, um eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. Das kostet mindestens 7,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Verkehrsinfrastruktur ist marode. Ein Fünftel der Autobahnstrecken und zwei Fünftel der Bundesfernstraßen müssen saniert werden. Und jede dritte Eisenbahnbrücke hat bereits über 100 Jahre auf dem Buckel. Jedes Jahr müssten zusätzlich zehn Milliarden Euro für den Verkehr mobilisiert werden. In den nächsten zehn Jahren müssten in Breitband und Energieversorgung jeweils 40 Milliarden Euro investiert werden. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Doch damit nicht genug. Moderne Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime sind ohne ausreichend Personal nicht arbeitsfähig. In den letzten Jahrzehnten wurden aber die öffentlichen und sozialen Dienstleistungen sträflich vernachlässigt. Allein in den Krankenhäusern fehlen für eine bedarfsgerechte Versorgung aktuell 100.000 Krankenpflegekräfte. In der Altenpflege beläuft sich der Personalmangel auf 115.000 Pflegekräfte. In der frühkindlichen Erziehung und Betreuung

¹ Der Text enthält Auszüge aus dem aktuellen Buch des Autors: „Das Gift der Ungleichheit“, wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können. Das Buch ist im Dietz Verlag erschienen.

fehlen bis 2025 etwa 190.000 Fachkräfte. In den Grundschulen können im gleichen Zeitraum voraussichtlich 35.000 Stellen nicht besetzt werden. Im öffentlichen Nahverkehr müssten in den kommenden sechs Jahren etwa 30.000 neue Beschäftigte eingestellt werden.

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der unterlassenen Investitionen und Staatsausgaben kommen uns teuer zu stehen. Der Investitionsstau schadet der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Die Firmen kämpfen mit gesperrten Straßen und Brücken, Funklöchern, einem lahmen Internet und unterbesetzten Bauämtern. Zudem kommt die Energiewende nur schleppend voran und die Verkehrswende bleibt im Stau stecken. Die Pariser Klimaziele werden so nicht erreicht. Darüber hinaus blockiert die chronische Unterfinanzierung des Sozialstaats die Entwicklung des Dienstleistungssektors. Personengebundene öffentliche Dienstleistungen wurden aus Kostengründen nicht weiter ausgebaut. In vielen Dienstleistungsbranchen entstand ein Teufelskreis aus niedrigen Löhnen, geringer Nachfrage, geringer Produktivität und schlechter Dienstleistungsqualität. Das Ergebnis ist eine tief gesplante Wirtschaftsstruktur des Rheinischen Kapitalismus, welche die Investitionen, die Produktivität und die wirtschaftliche Entwicklung bremst.

Natürlich kann der über zwei Jahrzehnte entstandene Investitionsstau und Personalmangel nicht in wenigen Monaten überwunden werden. Vielen Kommunen fehlen heute Architekten und Bauingenieure, um die notwendigen Investitionen überhaupt planen und durchführen zu können. Die Bau- und Planungsämter haben in den letzten 25 Jahren mehr als ein Drittel ihres Personals weggespart. Deswegen werden vorhandene Investitionsmittel nicht abgerufen. Zudem sind die Kapazitäten der Bauwirtschaft begrenzt. Kitas, Krankenhäuser und Pflegeheime können nur dann mehr Fachkräfte einstellen, wenn sie vorher ausreichend Personal ausgebildet und weiterqualifiziert haben. Klar ist aber auch: Ein dauerhaft höherer öffentlicher Investitions- und Ausgabenpfad würde dazu führen, dass Unternehmen und Verwaltungen ihre Produktions- und Planungs-kapazitäten ausbauen und der Fachkräftemangel überwunden werden kann.

Schuldenbremse bremst die Zukunft

Berlin sollte jetzt die günstigen Finanzierungsbedingungen nutzen, um in Klimaschutz, Gesundheit, Bildung, Digitalisierung, ÖPNV und Wohnen zu investieren. Wir brauchen ein Jahrzehnt der Investitionen. Jedes Jahr sollte ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag zusätzlich investiert werden. Gleichzeitig sollten die Personal- und Sozialausgaben erhöht werden. Dafür ist eine breitere staatliche Einnahmehasis, also höhere Steuereinnahmen, nötig.

Ein ökonomisch vernünftiger Umgang mit Staatsschulden scheitert aktuell an nationalen und europäischen Schuldenregeln. Die Schuldenbremse zwingt Bund und Länder dazu, die Corona-Kredite zeitnah zu tilgen. Diese Rückzahlungspflicht frisst den künftigen Verschuldungsspielraum auf. Für zusätzliche Investitionen in Klimaschutz und Sozialstaat ist die Kreditkarte dann gesperrt. Die Schuldenbremse entpuppt sich in der Praxis als Investitions- und Zukunftsbremse. Ihre neoliberalen Erfinder verfolgten das Ziel, den Sozialstaat auf Zwangsdiät zu setzen. Die Regelbindung sollte verhindern, dass der Sozialstaat ausgebaut wird, wenn dafür gesellschaftliche und politische Mehrheiten vorhanden sind.

Deswegen sollte die ökonomisch unsinnige und antidemokratische Schuldenbremse endlich abgeschafft werden. Zur Not reicht aber auch ein minimalinvasiver Eingriff, der kreditfinanzierte Investitionen vom Schuldenregelwerk befreit (Goldene Regel).

Diese Reformvorschläge stoßen aber auf Widerstand. Als Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) kürzlich für eine Lockerung der Schuldenbremse warb, erntete er aus den eigenen Reihen einen Shitstorm. Im Arbeitgeberlager hat hingegen schon längst eine ideologische Knochenweichung stattgefunden. Der Investitionsstau bei Digitalisierung, Energienetzen und Verkehrsinfrastruktur schadet den Unternehmen. Deswegen fordern inzwischen zahlreiche Manager und Verbandsvertreter mehr kreditfinanzierte Infrastrukturinvestitionen. So schlagen das arbeitgeberfinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und das gewerkschaftsnahe IMK die Einrichtung eines föderalen Investitionsfonds

vor, der bis 2030 rund 450 Milliarden Euro in die kommunale Infrastruktur, Bildung, Schiene, Breitband und CO₂-Reduzierung investieren soll. Ein solcher Extrahaushalt wäre ein pragmatischer Weg, um die Schuldenbremse zu umgehen.

Die Verteilungsfrage stellen

Der Streit um die Schuldenbremse ist Teil eines großen gesellschaftlichen Verteilungskonflikts. Ein ökonomisch vernünftiger Umgang mit der Schuldenfrage könnte eine harte verteilungspolitische Auseinandersetzung vermeiden. Wenn es aber nicht gelingt, die Schuldenregeln zu lockern oder sie kreativ – Investitionsfonds, Extrahaushalte – zu umgehen, dann kann nur eine umverteilende Steuer- und Abgabepolitik garantieren, dass noch ausreichend in die Zukunft investiert werden kann.

Geld dafür ist genug da. Das private Nettovermögen beläuft sich auf 13 Billionen Euro. Das ist mehr als das Fünffache der Staatsverschuldung. Der private Reichtum konzentriert sich in wenigen Händen. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt fast zwei Drittel, die Superreichen – das reichste 0,1 Prozent – ganze 16 Prozent dieses Nettovermögens.

Eine einmalige Vermögensabgabe könnte die außergewöhnliche Finanzlast der Pandemie sozial gerecht verteilen. Hohe Freibeträge und ein progressiver Tarif würden dafür sorgen, dass die Superreichen den Großteil der Abgabenlast – 90 Prozent – tragen. Insgesamt könnte eine solche Abgabe bis zu 470 Milliarden Euro einbringen. Verteilt auf 20 Jahre entspricht dies jährlichen Mehreinnahmen von 23 Milliarden Euro. Da diese Abgabe rückwirkend erhoben würde, gäbe es auch keine Möglichkeit zur Kapitalflucht.

Nach der Krise brauchen wir ohnehin eine Steuerpolitik, die den privaten Reichtum stärker in die Pflicht nimmt. Große Vermögen, sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Unternehmensgewinne tragen zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Zwischen 1998 und 2015 wurden die reichsten 30 Prozent der Bevölkerung steuerlich entlastet, während die unteren 70 Prozent mehr Steuern zahlen mussten. Unternehmen zahlen heute auf ihre Ge-

winne weniger als 20 Prozent Steuern. Bei Vermögen und Erbschaften ist Deutschland eine Steueroase. Aktuell betragen die Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern nur ein Prozent der Wirtschaftsleistung. Deswegen müssen Topverdiener, Großerben, Multimillionäre und Milliardäre sowie finanzstarke Unternehmen zukünftig stärker besteuert werden.

Eine Allianz des Fortschritts

Ein Aufbruch in eine gerechte und umweltfreundliche Gesellschaft ist möglich. Gewerkschaften, Umweltbewegung, Sozialverbände, linke Parteien und soziale Bewegungen können gesellschaftliche Mehrheiten für eine sozial-ökologische Reformpolitik gewinnen.

Unsere Gesellschaft bewegt sich. Immer mehr Menschen wehren sich gegen Lohndumping, unsichere Jobs, hohe Mieten und die Zerstörung der Natur. Sie wollen eine sozial und ökologisch gerechtere Gesellschaft, höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, bezahlbares Wohnen, gute öffentliche Kitas und Schulen, armutsfeste Renten und den Schutz des Klimas.

Geht nicht, gibt's nicht. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Eliten nach zwei billionenschweren Notoperationen Wasser predigen, hört ihnen niemand mehr zu. Sozial-ökologischer Fortschritt ist eine Frage des politischen Willens und nicht des Kassenstandes.

Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, soziale Bewegungen sowie linke Parteien stehen vor der Herausforderung, die unterschiedlichen Proteste und Auseinandersetzungen miteinander zu verbinden. Die gemeinsamen Interessen und Anliegen unterschiedlicher Arbeitnehmergruppen und bürgerlicher Milieus können gebündelt werden.

Eine fortschrittliche Reformagenda sollte die Stärkung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht, ein grünes Investitionsprogramm und den Ausbau des Sozialstaats umfassen. Die progressiven gesellschaftlichen Kräfte haben jetzt die Chance die sozial-ökologische Transformation des Rheinischen Kapitalismus gemeinsam zu gestalten. ■